

# Südwestwind

Sozialdemokratischer Mitgliederrundbrief Kreis Steglitz-Zehlendorf

Dezember 2008 – Januar 2009

---

## Inhalt

---

KV-Klausur, Hessen, Obama .....	M. Arndt .....	2
Keine Bundeswehr im Inneren .....	K. U. Benneter .....	4
CDU versagt bei Wohngeldanträgen.....	M. Karnetzki.....	5
Bücher-Kolumne .....	I. Czyborra .....	7
Weiterer Informationsbedarf?.....	C. Ihlenburg .....	9
EuGH gegen Arbeitnehmerrechte .....	V. Dieterich.....	9
<b>Termine .....</b>		<b>10</b>
Schmuddelmetropole Berlin.....	K. Spychalski .....	16
Konjunkturprogramm jetzt .....	B. Zimmermann.....	19
Dahlem vor hundert Jahren.....	I. Czyborra .....	19
Gedenken.....		21
Dahlemer SPD in Bukarest .....	B. Zimmermann.....	21
Gratulation .....		22

---

**LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,**

nach der gut verlaufenen Kreis-Klausurtagung in Teltow am ersten Novemberwochenende war ich guter Dinge. Ich war beeindruckt vom Engagement und der Diskussionskultur der Teilnehmerinnen und Teilnehmer – trotz des nicht gerade erotischen Klausurschwerpunktes „Organisatorische Stärkung des Kreises“. Wir beschäftigten uns intensiv mit Fragestellungen der Kompetenzstärkung unserer Mitglieder, verbesserter Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation sowie den organisatorischen Vorplanungen und der strukturell-politischen Ausgangsposition für die Bundestagswahl 2009. Darüber hinaus haben wir uns natürlich auch intensiv mit der gegenwärtigen globalen Finanz- und Bankenkrise befasst, deren wirtschaftliche Auswirkungen im Bundestagswahlkampf eine wesentliche Rolle spielen werden. Es war wohl auch deshalb eine gute Klausurtagung, weil nach den harten Auseinandersetzungen mit dem Rücktritt von Kurt Beck und der Wahl von Franz Müntefering auch eine solidarische Geschlossenheit das Gebot der Stunde war und wir uns diese auch erarbeiteten. Wir gingen mit Zuversicht und Optimismus in die Woche der Entscheidungen. In Hessen stand die Ministerpräsi-

dentinnenwahl auf der politischen Agenda, in den Vereinigten Staaten von Amerika die Präsidentenwahl.

Am Montag hagelte es uns Sozialdemokraten in den Karton. Ein Herr und drei Damen kündigten Andrea Ypsilanti die Solidarität auf und verweigerten ihre Zustimmung zur Ministerpräsidentinnenwahl. Genossinnen und Genossen, in meinem politischen Leben habe ich schon vieles erlebt, was nicht in den Lehrbüchern der Parteiendemokratie steht. Sei es, dass aus unerfindlichen Gründen sozialdemokratische Mehrheiten zu sozialdemokratischen Minderheiten wurden, oder sei es, dass einigen von uns im innerparteilichen Umgang der notwendige Respekt gegenüber herausragenden Genossinnen und Genossen in verantwortlicher Position fehlte. Was in Hessen geschah, kann unserer Partei großen Schaden zufügen, auch auf längere Sicht. Andere Parteien mögen ihren Laden mit Geld zusammenhalten, unsere Partei hat dies – so Helmut Schmidt – mit dem Faktor Solidarität geschafft, so schwierig dies im Einzelfall auch gewesen sein mag. Den Verlust an Solidarität und Moral werden wir alle mit sinkendem Einfluss bezahlen müssen.

Die Politikfähigkeit unserer Partei hat nach innen und außen Schaden genommen. Es besteht die Gefahr,

dass sich Genossinnen und Genossen aus der politischen Arbeit zurückziehen, weil ihnen Hoffnung und Perspektive für ein anderes, besseres Gesellschaftsmodell abhanden gekommen sind. Und es besteht die Gefahr, dass die SPD von anderen Parteien als nicht mehr berechenbar und zuverlässig wahrgenommen wird. Welcher Vorstand anderer Parteien kann mit uns noch ernsthaft über eine politische Zusammenarbeit verhandeln? Er kann nicht mehr erwarten, dass Verhandlungsergebnisse solidarisch mitgetragen werden. Seine eigene politische Stellung wäre gefährdet.

Genossinnen und Genossen, zum ersten Mal fällt es mir wirklich schwer, optimistisch in die nähere Zukunft zu schauen. Trotzdem hilft kein Verzagen. Unsere Partei muss sich zusammenraufen, schon für die Menschen in unserer Gesellschaft. Der Faktor Solidarität in unserer Partei muss unbedingt wiederbelebt werden. Hierzu gehört allerdings auch eine energische Parteiführung, die sich Entsolidarisierungsprozessen konsequent entgegenstellt und ggf. hart sanktioniert. Unsere Verirrung fing bei einem Ministerpräsidenten und Minister a. D. an, der in seinen Wahlkampfempfehlungen vollkommen fehlgeleitet war. Sein Verhalten wurde als Kavaliersdelikt behandelt. Die Äu-

ßerungen hatten m. E. allerdings Vorbildcharakter für den weiteren politischen Prozess in Hessen. Wo keine Grenzen sind, ist alles im Fluss, wo keine Regeln existieren, entstehen chaotische Situationen.

Darum bitte ich Euch herzlich: Engagiert Euch und fordert einen solidarischen Politikstil in unserer Partei ein. Der sozialdemokratische Politikstil soll wieder Vorbildfunktion in der Gesellschaft haben. Es lohnt sich; die emotionalen Reaktionen der Menschen auf die Wahl von Barack Obama zum neuen Präsidenten der USA zeigen es. Die Menschen haben dort wieder Hoffnung auf Zukunft, obwohl sie alle wissen, dass Ihnen harte Jahre bevorstehen werden. Das sollte auch uns Kraft geben für die zukünftigen Herausforderungen im nächsten Jahr.

Und für die, die es immer noch nicht glauben: Während ich dies schreibe, zeigt der Count-down in Spiegel-Online, dass das Ende der fürchterlichen Bush-Jahre bald gekommen ist. Eine bessere, sichere und friedlichere Welt wird kommen.

Ich wünsche Euch eine wundervolle Weihnachtszeit, geruhsame Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Mit freundlichen Grüßen

**MICHAEL ARNDT**

## KEINE BUNDESWEHR IM INNEREN!

Bundesinnenminister Schäuble hatte sein altes Vorhaben neu verpackt. Wir erinnern uns, wie er uns immer wieder seinen Apologeten Otto Depenheuer und dessen „Selbstbehauptung des Rechtsstaates“ zur Lektüre empfahl. Nach dessen Thesen erfordert die asymmetrische Kriegführung gegen den Terror die Entscheidung darüber, ob entweder die Polizei gegen die terroristische Bedrohung militärisch aufgerüstet werden soll oder das Militär den Verteidigungsfall neu definiert und die Streitkräfte „zur Verteidigung“ auch im Innern eingesetzt werden. Beides wird es mit der SPD nicht geben!

Unmittelbar nachdem bekannt wurde, dass sich der Koalitionsausschuss ohne irgendeine vorherige Information, geschweige denn Absprache mit den zuständigen Innen-, Rechts- oder Verteidigungspolitikern der SPD-Bundestagsfraktion auf den Schäubleschen Gesetzentwurf verständigt hatte, hat die Fraktion in ganz breiter Übereinstimmung dieses Ansinnen zurückgewiesen. Denn mit Amtshilfe hat dieser Vorschlag nichts mehr zu tun.

Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil zum Luftsicherheitsgesetz vom Februar 2006 den Gesetzgeber ausdrücklich aufgefordert,

eine verfassungskonforme Regelung für die Fälle zu schaffen, in denen die Polizei mit ihren Mitteln allein eine drohende, auch terroristische Gefahr nicht abwehren kann. Der von Schäuble präsentierte Gesetzentwurf schießt deutlich über dieses Ziel hinaus. Denn das Gericht hatte gleichzeitig klargestellt, dass derartige Bundeswehreinsätze keinen Fall der Landesverteidigung darstellen, sondern ausschließlich gemäß Artikel 35 GG Amtshilfe für Polizeieinsätze sein dürfen. Der sogenannte Kampf gegen den Terrorismus ist kein „Krieg“ gegen Soldaten eines anderen Staates, die unsere Staatsordnung oder territoriale Integrität infrage stellen, sondern die Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität. So schrecklich etwa die Anschläge in New York und Washington vom 11. September 2001 im Einzelfall auch waren, ein Fall der Landesverteidigung war das nicht. Ein solches Attentat ist bei aller Tragödie nicht in der Lage, die Rechtsordnung oder gar die Existenz eines Nationalstaates zu unterminieren oder gar aufzuheben! Die sogenannten Notstandsgesetze von 1968 haben die klare Trennung ins Grundgesetz gebracht. Ein Mix von polizeilichen und militärischen Aufgaben ist danach ausgeschlossen und muss es bleiben. Die Bundeswehreinsätze in Heiligendamm 2007

und bei der WM 2006 waren schon mehr als grenzwertig! Statt Mobilmachungen im Innern ins Auge zu fassen, sollten wir uns endlich entschlossener den Ursachen politisch motivierter Kriminalität zuwenden und mit klaren Zukunftskonzepten für Irak und Afghanistan oder sonst im Nahen und Mittleren Osten potentiellen Terroristen den Wind aus den Segeln nehmen und damit friedliche Perspektiven entwickeln.

Um strittige Fragen eines Einsatzes der Bundeswehr im Inneren zu klären, hat die SPD-Bundestagsfraktion jetzt eine eigene Arbeitsgruppe aus Rechts-, Innen- und Verteidigungspolitikern eingerichtet. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, den Handlungsauftrag des Bundesverfassungsgerichts auszufüllen, aber auch nicht mehr. Das bedeutet insbesondere, dass wir eine militärische Amtshilfe der Bundeswehr nur dann für vertretbar halten, wenn besonders schwere Unglücksfälle (darunter werden auch terroristische Angriffe von See oder aus dem Luftraum verstanden) Mittel erfordern, die der ansonsten allein zuständigen Polizei nicht zur Verfügung stehen.

Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren von der strengen Voraussetzung des Inneren Notstandes abzukoppeln und die Armee damit zu ei-

nem jederzeit einsetzbaren Instrument der innenpolitischen Nothilfe zu machen, lassen wir nicht zu. Es bleibt dabei: Allein die Polizei ist nach unserer Verfassung für die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im Innern, die Bundeswehr für die Verteidigung gegen Gefahren von außen zuständig. Nur in Fällen, in denen die polizeilichen Mittel nicht ausreichen, darf die Bundeswehr in engen Grenzen zur Amtshilfe hinzugezogen werden. Herr Schäuble sollte sich endlich um seine ureigenen Aufgaben kümmern und die innere Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zur Wahrnehmung von Freiheit zu gewährleisten und nicht versuchen, uns alle in einen permanenten Notstand und ein Gefühl latenter Terror-Bedrohung zu versetzen! Wenn ich nur an die Erscheinungen gewöhnlicher Alltagskriminalität oder auch Organisierter Kriminalität denke, hat er damit wahrlich genug zu tun.

**EUER KLAUS UWE BENNETER, MdB**

---

**ACHT MONATE BEARBEITUNGSZEIT  
CDU-STADTRÄTIN VERSAGT BEI  
WOHNGELDANTRÄGEN**

Sie sei für die „schönen Dinge“ zuständig, pflegt die CDU-Bezirksstadträtin Cerstin Richter-Kotowski

gelegentlich zu sagen. Die „schönen Dinge“, das sind Kultur, Bildung und Musik. Denn Frau Richter-Kotowski untersteht das Kulturamt, die Musikschule und die Volkshochschule. „Schön“ ist die Arbeit in diesen Bereichen des Bezirksamtes. Und sie ist wichtig. Nicht nur, weil Kultur ein wichtiger Standortfaktor für Berlin ist, sondern auch, weil sie das Leben aller Menschen bereichert.

Diese Bereiche der Bezirksverwaltung sind jedoch auch noch aus einem anderen Grunde „schön“. Im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung, die das Finanzierungssystem der Bezirke bestimmt, haben diese Bereiche Jahr für Jahr in Steglitz-Zehlendorf einen erheblichen Budgetierungsgewinn. Anders als andere Bereiche scheint die Abteilung keine Finanznot zu kennen. „Die Abteilung Bildung, Kultur und Bürgerdienste schwimmt gewissermaßen in Geld“, formulierte Bürgermeister und Finanzdezernent Norbert Kopp (auch CDU) neulich im Haushaltsausschuss der BVV. Außerplanmäßig kann sich Frau Richter-Kotowski in dieser Lage im nächsten Jahr auch für mehrere Hunderttausend Euro eine aufwendige Gebäudesanierung für das Musikschulgebäude in der Grabertstraße in Südenseite leisten.

Doch es gibt auch noch andere Zuständigkeiten der Stadträtin. In der letzten BVV thematisierten wir als SPD-Fraktion in einer Großen Anfrage ihre Verantwortung für das Wohnungsamt, konkret die Bearbeitungszeiten von Wohngeldanträgen. Sozial schwache Bürger des Bezirks erhalten unter bestimmten Voraussetzungen einen Zuschuss für die Wohnungskosten. Nur: anders als in anderen Bezirken warten Bürgerinnen und Bürger in Steglitz-Zehlendorf bis zu acht Monate auf die Bescheidung ihrer Anträge.

Diese Zustände gehören nach unserer Auffassung nicht zu den „schönen Dingen“, sondern sind ein Skandal für die Amtsauffassung dieser auch dafür zuständigen Stadträtin und ihre Prioritätensetzung.

In der Frage der Wohnungsgeldanträge fällt der schwarz-grünen Zählgemeinschaft im Bezirk wieder nur eines ein: das Schimpfen auf Finanzsenator Sarrazin, der dafür nicht genug Geld gäbe, damit die Wohngeldanträge schneller bearbeitet werden können. Das ist billig und zeugt von Verantwortungslosigkeit. Wo ein Budgetierungsgewinn zu verteilen ist, da bedient man gerne seine eigene Wählerklientel mit Wohltaten. Wo aber – gerade für sozial Bedürftige –

das Geld fehlt, da soll es der Senat mit zusätzlichem Geld richten.

Als SPD-Fraktion sagen wir klar: Frau Richter-Kotowski hat die Verantwortung. Sie setzt die Prioritäten in ihrer Abteilung. Und für mehrere Hunderttausend Euro ein marodes Musikschulgebäude zu sanieren, für die Not von Bedürftigen, die monatelang auf die Bewilligung ihrer Wohngeldanträge warten müssen, nur ein kühles Achselzucken übrig zu haben, ist und bleibt ein Skandal.

**MICHAEL KARNETZKI**

SPD-Fraktionsvorsitzender der BVV

---

## **BÜCHER-KOLUMNE**

Beginnend mit dieser Ausgabe wollen wir Bücher und Autoren aus dem politischen, zumindest politiknahen Bereich vorstellen. Wir freuen uns über jeden Rezensenten (d. Red.).

JOACHIM BAUER:

*PRINZIP MENSCHLICHKEIT*

Bauer ist Neurobiologe und Psychotherapeut. In „Prinzip Menschlichkeit“ geht es um eine Auseinandersetzung mit den Thesen des Darwinismus, auch in den neueren Spielarten von Dawkins („Das egoistische Gen“ Orig.: „The Selfish Gene“, 1976), mit ihrer unbewiesenen Theorie, die Gene und mit ihnen die Menschen seien im Wesentlichen auf Konkurrenz gepolt.

Bei Dawkins sind es nicht einmal die Individuen, die egoistisch auf die eigene Fortpflanzung aus sind, sondern das einzelne Gen, das quasi seinen Wirt, den Menschen, in dieser Richtung manipuliert. Diese Annahme liegt nicht nur der Neoliberalen Wirtschaftstheorie zugrunde, sondern damit auch zahlreichen Management- und Personalführungstheorien und letztlich wohl auch unserer momentanen Bildungs- und Forschungspolitik und wesentlichen Elementen der Hartz-Gesetzgebung, die davon ausgehen, dass Menschen in Konkurrenz zueinander die besten Leistungen erbringen. Bauer belegt, dass das Gegenteil der Fall ist. Menschen sind zu mindestens 75% auf Kooperation eingestellt. Dauerhafte Verstöße gegen dieses Bedürfnis nach Kooperation machen die allermeisten Menschen krank und mindern ihre Leistungsfähigkeit. Damit sind nach Bauer Menschenbilder politisch höchst relevant und bedingen die Art, wie wir miteinander umgehen, was wir erwarten, und wie wir erziehen. Dabei geht es Bauer bei der Kritik des Darwinismus selbstverständlich nicht um Kritik an den Theorien zur Evolution, sondern um die Übertragung auf das Soziale, bzw. die Rückübertragung sozialer Kategorien, wie „Erfolg“ aus der Wirtschaft in die Biologie (um dann

im Umkehrschluss eine neoliberale Wirtschaft mit vermeintlich naturwissenschaftlichen Begründungen zu adeln). Bauer setzt dem die Ergebnisse der Motivationsforschung entgegen: Was macht uns glücklich, was treibt uns an, was lässt uns demotiviert in Lethargie versinken? Er schildert anschaulich, welche chemischen Prozesse im Gehirn ablaufen und wie bei fehlender „Eigenchemie“ Suchtdrogen an die Stelle der eigenen Motivationssysteme treten, welche Rolle Dopamin, Opioide und Oxytoxin spielen und wie Angst und Stress die Motivationssysteme abstürzen lassen, welche sinnvolle Rolle Aggression spielt und wie Kreisläufe der Gewalt entstehen. Nebenbei lernt man etwas über Epigenetik und warum die heute populärwissenschaftlich verbreitete Ansicht eines unausweichlichen Determinismus (ich war's nicht, meine Gene sind es gewesen) auf den Müllhaufen gehört.

Schließlich setzt sich Bauer mit den neueren Erkenntnissen der Spieltheorie auseinander und mit Forschungen, die in der Literatur auch unter Wirtschaft 2.0 kursieren, nämlich Forschungen, die zeigen, dass der überwiegende Teil der Probanden auf kooperative Strategien setzt, Nichtkooperation allerdings abstrafte, um dann wieder zu Kooperationsangebo-

ten überzugehen und damit in der Regel für alle Beteiligten die vorteilhaftesten Ergebnisse erzielt werden.

Warum sich trotz dieser Anlage des Menschen auf Kooperation Systeme entwickelten, bzw. politisch implementiert wurden, die auf maximale Konkurrenz setzen, ob an den Hochschulen oder in Betrieben, erklärt uns Bauer nicht erschöpfend, obwohl er einige Ausführungen der Frage widmet, warum sozialdarwinistische Theorien besonders von Deutschen so bereitwillig akzeptiert wurden. Aber seine Ergebnisse sind kongruent mit den Evaluationen von Schulsystemen und der Erkenntnis, dass Angst der schlechteste Lehrer ist. In „Lob der Schule“ bricht Bauer seine Theorien auf die Schule runter. Zum Schluss ein Zitat aus einer Online-Rezension von Rolf Dobelli: „Ist der erfolgreiche, aber skrupellose Manager also eine die Regel bestätigende Ausnahme? Folgt man dem Autor, so leidet er mindestens unter einer schweren Verhaltensstörung“. Es sind aber die gesellschaftlichen Rahmensetzungen, die darüber entscheiden, ob kooperatives Verhalten zum Erfolg führt (auch in der SPD).

#### **INA CYBORRA**

Bauer, J.: Prinzip Menschlichkeit: Warum wir von Natur aus kooperieren. Heyne (2008) 256 S., 7,95 €

## WEITERER INFORMATIONSBEDARF?

In der Abteilung 5 in Lankwitz besteht nach Diskussionen politischer Ereignisse oder themenorientierten Mitgliederversammlungen immer wieder der Bedarf nach weiteren Informationen. Weil wir diesem Wunsch nicht alleine nachkommen können, suchen wir nach Interessierten, die sich an organisierten Weiterbildungen beteiligen möchten. Momentan ist unser vorrangiges Thema die Finanzkrise. Zur Rückmeldung bietet sich an:

**CHRISTA IHLENBURG**

Christa.Ihlenburg@SPD-Online.DE

---

## EUROPÄISCHER GERICHTSHOF GEGEN ARBEITNEHMERRECHTE

Am 10. September diskutierten wir auf der Dahlemer Abteilungsverammlung über die jüngsten Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), die sich mit Arbeitnehmerrechten auseinandersetzten. Vorgetragen haben Janeta Mileva, die als Referentin für die Bundestagsfraktion der Linkspartei arbeitet, und Genosse Sebastian Klähn, der zu Jahresbeginn als Referendar für den DGB in Brüssel war.

Zunächst haben wir die wichtigsten Entscheidungen zusammengefasst: Im sog. Fall Viking hat der EuGH entschieden, dass auch kollektive Maßnahmen anhand der Grund-

freiheiten des Binnenmarktes zu überprüfen seien. Er verwies mit dieser Maßgabe einen Rechtsstreit über den Streik einer finnischen Gewerkschaft an das vorliegende Gericht zurück. Seine Rechtsprechung setzte er in der sog. Laval-Entscheidung fort, in der es um einen Boykottstreik schwedischer Gewerkschaften gegen ein litauisches Bauunternehmen ging, das am Bau einer schwedischen Schule beteiligt war. Auch diesen Streik prüfte er anhand der Grundfreiheiten, legte diese allerdings im Lichte der Entsenderichtlinie aus. Durch seine völlig überraschende und vom europäischen Gesetzgeber nicht gewollte Interpretation der Richtlinie kam er zum Ergebnis, der Streik sei rechtswidrig. Die gleiche Lesart führte dazu, dass er in der sog. Ruffert-Entscheidung die Tariftreueklauseln in den Vergabegesetzen für rechtswidrig erklärte.

Im anschließenden Gespräch wurden Unterschiede, vor allem aber auch Gemeinsamkeiten deutlich: Die Entscheidungen führen zu einem Ungleichgewicht zwischen sozialen Grundrechten und Grundfreiheiten. Ihnen liegt ein politischer Streit zu Grunde, nämlich die Frage wie mit unterschiedlichen Sozial- und Lohnniveaus in den Ländern der EU um-

*(Fortsetzung auf Seite 16)*

## 10 Termine

---

### BÜRGERSPRECHSTUNDEN

- Dr. Michael Arndt, MdA, bitte telefonisch vereinbaren: 7667 9854
- Ulrike Neumann, MdA, bitte telefonisch vereinbaren: 772 79 41

### ABTEILUNG 1, STEGLITZ-ZENTRUM

Vorsitzender: Andreas Kugler, E-Mail: andreas-kugler@t-online.de; Homepage: [www.spd-steglitz.de](http://www.spd-steglitz.de). Die Veranstaltungen beginnen, soweit nicht anders angegeben, um 19:30 Uhr.

- Di. 02.12. Mitgliederversammlung: *Kultur*. Raum 302, Rathaus Steglitz, Schloßstr. 37, 12163 Berlin
- Di. 06.01. Mitgliederversammlung. Bürgertreffpunkt Bahnhof Lichterfelde-West, Hans-Sachs-Str. 4D, 12205 Berlin

### ABTEILUNG 2, SÜDENDE

Vorsitzender: Rolf Wiegand, Homepage: [www.spd-suedende.de](http://www.spd-suedende.de). Soweit nicht anders angegeben: Veranstaltungsort Kinder- und Jugendzentrum Immenweg, Immenweg 10, 12169 Berlin; Uhrzeit 19:30.

- Di. 13.01. Funktionäre – offen für Mitglieder
- Di. 27.01. Mitgliederversammlung: *Energiewirtschaft; Europa- und Bundestagswahlen 2009*.
- Di. 03.02. Funktionäre – offen für Mitglieder

### ABTEILUNG 3, LICHTERFELDE-WEST

Vorsitzender: Martin Matz, E-Mail: [lichterfelde@martinmatz.de](mailto:lichterfelde@martinmatz.de), Homepage: [www.spd-lichterfelde-west.de](http://www.spd-lichterfelde-west.de), Veranstaltungsort (soweit nicht anders angegeben): NaturFreundehaus *Karl Renner*, Ringstraße 76/77, 12205 Berlin.

- Mi. 14.01. 18:30 Funktionärsversammlung. Vorstandsmitglieder und Delegierte treffen sich.
- Mi. 14.01. 19:30 Mitgliederversammlung: *Ethik und Religion*.
- Di. 27.01. 19:30 Mitgliederversammlung. Wir besprechen Stadtplanungsfragen, die Lichterfelde betreffen.

---

**ABTEILUNG 4, LICHTERFELDE-SÜD-OST**

Vorsitzender: Georg Siebert, E-Mail: Georg.Siebert@spd-online.de, Homepage: www.spd-lichterfelde-ost-und-sued.de, Veranstaltungsort (soweit nicht anders angegeben): AWO-Haus, Osdorfer Str. 121, 12207 Berlin.

- Di 01.12. 19:00 Skat im Haus am Ostpreußendamm 52  
Di 09.12. 19:30 Mitgliederversammlung: *Berliner Politik und Rot-Rote Koalition* mit Kevin Kühnert (LV Jusos) und Ruppert Stüwe (KV).  
Sa 13.12. 10:00 Infostand auf dem Kranoldmarkt (bis 12:00).  
Di 06.01. 19:00 Skat im Haus am Ostpreußendamm 52  
Sa 17.01. 10-12 Infostand am Kranoldmarkt  
Di 27.01. 19:30 Funktionäre im AWO-Haus, Osdorfer Str. 121  
Januar In Vorbereitung: Wahlkampfschulung und Argumentationstraining für Aktive und Wahlkämpfer Europawahl und Bundestagswahl.

**ABTEILUNG 5, LANKWITZ**

Vorsitzender: Uwe Stäglin. Homepage: www.spd-lankwitz.de, Veranstaltungsort (soweit nicht anders angegeben): Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin.

- Di 02.12. 19:30 Funktionäre, wie immer offen für alle Mitglieder.  
Sa 06.12. 10:00 Infostand mit Nikolaus und Verteilung des Infoblattes der Abteilung. Ort: Kaiser-Wilhelm-Str. 76 (vor Woolworth).  
Di 06.01. 19:30 Funktionäre, wie immer offen für alle Mitglieder.  
Do 22.01. 19:30 Mitgliederversammlung: *Die Finanzkrise*.

**ABTEILUNG 6, KRUMME LANKE**

Vorsitzender: Hinrich Soehlke, Fax: 814 19 36, E-Mail: a.h.soehlke@t-online.de, Homepage: www.spd-krumme-lanke.de, Veranstaltungsort (soweit nicht anders angegeben): Vereinslokal Hertha 03 Zehlendorf, Onkel-Tom-Straße 52A/54A, 14169 Berlin.

- Do 04.12. 19:30 Mitgliederversammlung: Nominierung der Kandidatin oder des Kandidaten für den Bundestag aus Steglitz-Zehlendorf; Wahl der Delegierten für die Kreisvertreterversammlung  
Do 08.01. 19:30 Funktionärsversammlung

## **12 Termine**

---

### **ABTEILUNG 7, ZEHLENDORF-SÜD**

Vorsitzender: David Scheffel, E-Mail: [davidscheffel@web.de](mailto:davidscheffel@web.de), Homepage: [www.spd-zehlendorf-sued.de](http://www.spd-zehlendorf-sued.de), Veranstaltungsort (soweit nicht anders angegeben): Restaurant Sirtakias, Teltower Damm 188, 14167 Berlin.

Do. 22.01. 19:30 Abteilungsversammlung.

### **ABTEILUNG 8, SEENPLATTE**

Vorsitzender: Holger Thärichen, Veranstaltungsort (soweit nicht anders angegeben): Loretta am Wannsee, Kronprinzessinnenweg 260, 14109 Berlin, 19:30 Uhr.

Di. 27.01. Diskussionsabend: *Wertevermittlung in der Schule – Ethik gegen Religion?* Bürgersaal im Rathaus Zehlendorf, Teltower Damm 18, 14163 Berlin.

### **ABTEILUNG 9, ZEHLENDORF**

Vorsitzender: Andreas Linde, Homepage: <http://www.spd-zehlendorf.de>; Veranstaltungsort (soweit nicht anders angegeben): Ratskeller Zehlendorf, Martin-Buber-Straße 8, 14163 Berlin

Do. 11.12 19:30 Vorstandssitzung. Taverna Kreta, Potsdamer Str. 3, 14163 Berlin.

Mitte Jan. *Ausblick in der Steuerpolitik*, Referent: Jörg-Otto Spiller, MdB (angefragt), genauen Termin bitte unserer Internet-Seite entnehmen.

---

**ABTEILUNG 10, DAHLEM**

Vorsitzender: Burkhard Zimmermann, Homepage: [www.spd-dahlem.de](http://www.spd-dahlem.de), Veranstaltungsort (soweit nicht anders angegeben): Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus, Pacelliallee 61, 14195 Berlin.

- Mi. 03.12. 20:00 Abteilungsversammlung: *Kommunalpolitik*
- Sa. 06.12. 10:00 Infostand Dahlem-Dorf (bis 12:00)
- So. 07.12. 10:00 Stadtrundfahrt Taut III Eichwalde, Carl-Legien, Buschallee, Köpenick
- So. 11.01. Manifestation zu Rosa und Karl. Treff Gudrunstr.
- Do. 15.01. 20:00 Abteilungsversammlung (ausnahmsweise Donnerstag): *PPP und Cross-Border-Leasing*. Ref.: Werner Rügemer (Köln).
- Mi. 28.01. 20:00 Abteilungsversammlung: *Hintergründe und Perspektiven der Finanzkrise*. Ref.: Pitt Kiske.

**KREIS STEGLITZ-ZEHLENDORF**

- Mo. 05.01. 19:30 Kreisvorstand. Ehemaliger BVV-Saal des Rathauses Zehlendorf, Kirchstraße 1/3, 14163 Berlin.
- Sa. 10.01 11:00 Kreisdelegiertenversammlung, Kreisvollversammlung, Wahlkreis-Konferenz. Bürgersaal im Rathaus Zehlendorf, Teltower Damm 18, 14163 Berlin.
- Mo. 02.02. 19:30 Kreisvorstand. Ehemaliger BVV-Saal des Rathauses Zehlendorf, Kirchstraße 1/3, 14163 Berlin.

**AK LEBENSWERTE STADT**

Irene Köhne, Detlev Ronnisch, Ort: Ratskeller Zehlendorf, Martin-Buber-Straße 8, 14163 Berlin (wenn geschlossen: SPD-Fraktionsbüro Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1/3, 14163 Berlin).

- Mi. 03.12. 19:30 Info-Runde durch Stadtrat/rätin zu aktuellen Themen und Anträgen: Huth-Projekte im Bezirk, Curtiusstr., Verkehrskonzept Fischerhütte
- Mi. 07.01. 19:30 Info-Runde durch Stadtrat/rätin (angefragt): Aktuelles, Anträge

## **14 Termine**

---

### **ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)**

Vorsitzende: Eveline Neumann, [www.spd-suedwest.de/termine/asf](http://www.spd-suedwest.de/termine/asf)

- Do. 04.12. 19:00 *Frauen in Führungspositionen*. Veranstaltung der Gleichstellungsstelle der SPD-Fraktion (Leitung Ulrike Neumann). Raum 311, Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin. Teilnehmerinnen: F. Drohsel (Jusos), Prof. Dr. A. Grütters-Kieslich (Charité), Dr. B. Roos, (IBB), J. Wagner, (djb) und M. K. Wilhelmsen (Norwegische Botschaft). Moderation: S. Uken (Management Finder). Anschließend Empfang.
- Mi. 14.01. 19:30 Mitgliederversammlung. Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin. 1.) Aktuelles und Berichte, 2.) Arbeitsplanung insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Europa- und Bundestagswahlen, 3.) Verschiedenes.

### **ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AFB)**

Vorsitzende: Renate Krohm, Veranstaltungsort (soweit nicht anders angegeben): Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin.

- Do. 22.01. 19.30 Sitzung. Raum A 119, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1/3, 14163 Berlin.

---

**ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR MIGRATION**

Vorsitzender: Günther Schulze. Kontakt über das Kreisbüro oder per E-Mail: GuentherSchulzeBerlin@gmx.de. Veranstaltungsort (soweit nicht anders angegeben): Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin. Mitglieder der AG erhalten zu allen Veranstaltungen schriftliche Einladungen.

Do. 04.12. 18:00 *Migration und Menschenrechte*: Mitgliederversammlung aus Anlass des 60. Jahrestags der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“. Referent: Christoph Strässer MdB, Sprecher der Arbeitsgruppe Menschenrechte der SPD-Bundestagsfraktion (angefragt)

Do. 15.01. 18:00 Jahresauftakt und Planung für die kommenden Monate.

**ARBEITSGEMEINSCHAFT 60 PLUS**

Vorsitzende: Ingrid Reimann

Do. 04.12. 10:00 Kulturpolitische Wanderung zum deutsch-polnischen Weihnachtsmarkt in Frankfurt/Oder, Treffpunkt: S-Bahnhof Rathaus Steglitz

Do. 11.12. 15:00 Politik beim geselligen Beisammensein, Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 139, 12203 Berlin.

Do. 08.01. 10:00 Kulturpolitische Wanderung von Kunst zu Kunst: Von der Neuen Nationalgalerie zur Temporären Kunsthalle, Treffpunkt: S-Bahnhof Rathaus Steglitz.

Do. 15.01. 15:00 Politik beim geselligen Beisammensein, Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 139, 12203 Berlin.

So. 18.01. 11:00 Frühschoppen in der Lankwitzer Mühle, Alt-Lankwitz 94, 12247 Berlin.

Di. 20.01. 16:30 Veranstaltung im Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin: Videofilm-Rückblick auf das Jahr 2008 und Wahlkampfplanung für das neue Jahr 2009

Sa. 24.01. 17:00 Lesung Literaturforum Lichterfelde. Gisela Stange, Reisen: Australien - Neuseeland. Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin.

Do. 29.01. 10:00 Vorstandssitzung. Ort: An den Hubertshäusern 7, 14129 Berlin

**ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN (AFA)**

Vorsitzender: René Kosio, Telefon 815 57 79

**ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTÄNDIGEN (AGS)**

Vorsitzender: Wolfgang Kornau, Telefon 797 80 280, Fax -351, E-Mail wolfgang.kornau@t-online.de, Ort: Gutshaus Lichterfelde, Hindenburgdamm 28, 12203 Berlin.

**JUSOS**

Unser regulärer Treffpunkt ist das Friedenszentrum Pastor-Niemöller-Haus, Pacelliallee 61, 14195 Berlin. Termine und Infos gibt's auf unserer Webpage [www.jusos-suedwest.org](http://www.jusos-suedwest.org). Bei Fragen könnt Ihr Euch wenden an Mark Schmitz ([schmitz.mark@spd-online.de](mailto:schmitz.mark@spd-online.de)) oder Tom Christopher Pröstler ([tcproestler@spd-zehlendorf.de](mailto:tcproestler@spd-zehlendorf.de))

**AG DER LESBEN UND SCHWULEN IN STEGLITZ-ZEHLENDORF**

Vorsitzender: Stan Zornow, E-Mail [stan.lemke@gmx.de](mailto:stan.lemke@gmx.de); Homepage: [www.schwusos-suedwest.de](http://www.schwusos-suedwest.de). Kurzfristige Termine und regelmäßige Informationen über unsere Aktivitäten immer aktuell im Internet oder per Mail.

*(Fortsetzung von Seite 9)*

gegangen soll. Der EuGH hat Entscheidungen gefällt, die eigentlich in der Legislative hätten diskutiert und entschieden werden müssen. Wir brauchen ein Parlament mit einer sozialen Mehrheit, um weiteres Ungemach aus Europa für die sozialen Rechte abzuwenden.

Zustimmung fand folgende Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort! Diese wol-

len wir auch in den Europawahlkampf tragen.

**VEIT DIETERICH**

---

**SCHMUDDELMETROPOLE BERLIN**

Ungepflegte Parks, bekritzelte Verteilerschränke, überquellende Abfallbehälter, Hundehaufen auf den Gehwegen, beklebte Laternenpfähle, demolierte Parkbänke ... Die Schadensliste lässt sich unschwer fortsetzen.

Zugegeben: In letzter Zeit hat sich einiges verbessert. Touristenviertel werden häufiger gereinigt. Die Menge der achtlos fortgeworfenen Getränkedosen und Plastikflaschen hat seit Erweiterung der Pfandpflicht erheblich abgenommen. Busse, Straßenbahnen, U- und S-Bahnwagen sind sauberer geworden. Allerdings musste die S-Bahn 2007 5,7 Mio. € aufwenden, um Vandalismusschäden zu beseitigen. Bei der BVG belaufen sich diese Kosten sogar auf rund 8 Mio. € pro Jahr.

Ein spezifisch Berliner Problem ist die zersplitterte Zuständigkeit zwischen Polizei, Ämtern, öffentlichen Anstalten und privaten Unternehmungen. Für die Sicherheit und Ordnung ist grundsätzlich die Polizei da. Für die Sauberkeit der Straßen und Plätzen ist stadtweit die BSR zuständig, für das straßenbegleitende Grün – wie auch für Parks und Spielplätze – jedoch das jeweilige bezirkliche Grünflächenamt. Mit der Instandhaltung der Straßenbeleuchtung wurde die Firma Nuon Stadtlicht beauftragt. Die Tiefbauämter der Bezirke haben für die Verkehrssicherheit der öffentlichen Straßen einschl. der Bürgersteige und Radwege zu sorgen. Für Ampelanlagen und Verkehrsschilder ist jedoch die Verkehrslenkung Berlin federfüh-

rend. Verteilerkästen und -schränke gehören je nachdem der Post, Polizei, Telekom, GASAG, Vattenfall, und sind deshalb von ihnen instand zu halten.

Die Mehrzahl der Berliner hat sich offenkundig mit der Verwahrlosung des öffentlichen Raums, der wachsenden Rücksichtslosigkeit und dem Kompetenzgestrüpp abgefunden. Allenfalls Zuzügler und Touristen monieren gelegentlich das desolate Erscheinungsbild der Hauptstadt.

Weder „Weg mit ...“-Parolen noch Belohnungen für die Meldung von Missetätern, weder Putz- und Aufräumaktionen noch die seit 1994 bei der Polizeidirektion 4 in Lankwitz bestehende „Gemeinsame Ermittlungsgruppe Graffiti in Berlin“ bewirkten nachhaltige Verbesserungen. Auch die in die Einrichtung bezirklicher Ordnungsämters gesetzten Hoffnungen erfüllten sich nicht. Für die Kiezstreifen ist es bequemer und für die Bezirksämter wohl auch lukrativer, Verstöße gegen Park- und Halteverbote zu ahnden, als sich mit Anarcho-Radlern, renitenten Hundebesitzern oder Müllsündern anzulegen.

Ein spezielles Ärgernis stellen die Graffitis, Tags und andere Sprayer-Aktivitäten sowie das Zer-

kratzen der Scheiben von Bussen und Bahnen dar. Es wird gesprüht, gemalt, geklebt und zerkratzt wie sonst nirgendwo. Berlin gilt in einschlägigen Kreisen als das Zentrum der europäischen street art. Auf der Internetseite „graffitibox.de“ sollen mehr als 30.000 Fotos Berliner Graffitis dokumentiert sein!

Es gibt eine Unzahl von Vorschriften über die Reinhaltung, Ordnung und Sicherheit: Strafgesetzbuch, Straßenreinigungsgesetz, Straßengesetz, Lärmverordnung, Grünanlagengesetz, Ordnungswidrigkeitsgesetz etc. Im Verwarngeldkatalog ist zusammengestellt, was alles verboten ist und was ein Verstoß kostet. Doch um die Einhaltung der Vorschriften scheint sich kaum jemand ernsthaft zu kümmern. Polizei und Ordnungsbehörden verweisen auf die dünne Personaldecke, Hausbesitzer auf die hohen Kosten für die Beseitigung von Schmierereien oder sie resignieren, da oftmals der nächste Sprayer nicht lange auf sich warten lässt.

Die Null-Toleranz-Politik, wie sie der ehem. New Yorker Bürgermeister Giuliani Mitte der 90er Jahre praktizierte, ist letztlich ein Kampf gegen Symptome. Die Verwahrlosung und Vermüllung muss als ein sozioökonomisches Dauerproblem

begriffen und behandelt werden. Ein spektakulärer Spaziergang des Regierenden Bürgermeisters Wowereit über den mit Kaugummi übersäten Alex reicht ebenso wenig aus wie die medienbegleitete U-Bahnfahrt des Polizeipräsidenten Glietsch zu Dealertreffpunkten, um einen grundlegenden Wandel herbeizuführen.

Der Plan unseres Bezirkstadtrats U. Stäglich, 2009 für die Pflege der Grünanlagen wenigstens 200.000 € mehr auszugeben, ist ein besserer Ansatz und darf keine Einmalaktion bleiben. Zweckmäßig wäre die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle, bei der jedermann Missstände melden kann. Von dort würden die Zuständigen aufgefordert, für die Behebung der Schäden zu sorgen. Die Politiker sollten darüber hinaus Ämter und Polizei anhalten, die bestehenden Vorschriften auch anzuwenden und nicht aus Bequemlichkeit oder falsch verstandener Toleranz wegzusehen. Untätigkeit zahlt sich nicht aus. Ein Leben in Sicherheit und Ordnung darf nicht Luxusgut der Reichen und Mächtigen werden, die sich entsprechende Privatdienste leisten können.

Letztlich gilt es, das Verantwortungsgefühl jedes Einzelnen für das Allgemeinwohl und das Gemeinwesen nachhaltig zu fördern. *Be Berlin.*

**KLAUS SPYCHALSKI**

## KONJUNKTURPROGRAMM JETZT

Ein Konjunkturprogramm muss jetzt her, nachdem bei der Bankensanierung Geld keine Rolle spielt: Wir bürden für 500 Milliarden €. Beim Konjunkturprogramm wird jedenfalls weiter gespart: 10 € Erhöhung Kindergeld und Gebäudesanierung, Unternehmensvergünstigungen und Steuererlass für Neuwagen – egal wie umweltfreundlich sie sind. Die Bundesregierung plant zweimal sechs Milliarden, also zwölf Milliarden.

Wir sollten den Konsum in den nächsten Monaten erheblich anschieben: mit mehr Geld für die Bildung, mit einem Kita-Ausbau sofort, ohne länger zu warten, mit Investitionen in Gesundheit und öffentliche Infrastruktur. Dieses Programm sollte jährlich wesentlich höher angesiedelt sein, Verdi fordert jährlich 40 Milliarden. Dies ist immer noch nur ein Bruchteil der Milliardensumme für die Bankenrettung. Die Hälfte soll in Bildung und unsere Kinder gesteckt werden, die andere in Infrastruktur und Umwelt, um unsere Wirtschaftsentwicklung zu stabilisieren und um Arbeitsplätze zu schaffen. Dies klingt unrealistisch. Sollte doch bis vor wenigen Monaten ein Verschuldungsverbot gar im Grundgesetz verankert werden. Mühsam gelang es, dies zu

verhindern. Aber viele Regierungen reagieren in der gegenwärtigen Krise mit einem Konjunkturprogramm. China hat ein Konjunkturprogramm in Höhe von 460 Milliarden € geplant, Japan 210 Milliarden, auf Obamas Planungen müssen wir noch bis in den Januar warten.

„Nach dem Rettungsschirm für die Banken brauchen wir jetzt auch einen Schutzschirm für die Arbeitsplätze“, sagt Frank-Walter Steinmeier.

**BURKHARD ZIMMERMANN**

---

## KALENDERBLATT: DAHEM VOR HUNDERT JAHREN

Als 1901 der letzte Pachtvertrag für das Gelände der Domäne Dahlem auslief, war die Entscheidung gefallen, den wenig ertragreichen Boden in der Nähe Berlins nicht weiter als Gut zu bewirtschaften, sondern als Bauland zu verwerten.

Es wurde beschlossen, die Parzellierung und den Verkauf der Villengrundstücke in staatlicher Verantwortung zu organisieren und nicht durch Verkauf an einen Gesamtinvestor. Damit wollte man zum einen den Erlös steigern, um als Staat an steigenden Grundstückspreisen mitzuverdienen, andererseits wollte man auch „Spekulationsblasen“ verhindern und die Entwicklung des Gebie-

tes nachhaltig beeinflussen. Zur Aufteilung wurde eine Kommission unter Vorsitz Hugo Thiels eingesetzt, die der Aufsicht von Finanz- und Landwirtschaftsminister unterstand (Miquel und v. Hammerstein). Das operative Geschäft unterstand einer Geschäftsstelle, geleitet von Nathan Dorn, der seine Aufgabe im Erzielen des höchstmöglichen Profits aus den Verkäufen sah. So war die Aufteilung der Domäne stark durch den Konflikt zwischen Dorn und anderen geprägt, die neben den Villenarealen schon seit Ende des 19. Jahrhunderts die Ansiedlung medizinischer und wissenschaftlicher Einrichtungen in Dahlem planten.

Aufgrund von Thiels Unbehagen kam es durch Vermittlung Emmy Schweitzers zu einer Änderung des ursprünglichen (Kyllmannschen) Bebauungsplans, der eine Planierung und schematische Aufteilung des Geländes vorsah und zu einer Neu-Planung durch Schweitzer und Jansen, die die naturräumlichen Gegebenheiten berücksichtigten und denen wir die Erhaltung des eiszzeitlich geprägten Reliefs in Form der Parkanlagen zu verdanken haben, die ansonsten zugeschüttet worden wären. Es wurden auch Areale für Reihenhäuser (Hittorfstr.) und für Mietshäuser (z.B. Ehren-

bergstr.) vorgesehen, um einen „Landhausfriedhof“ zu verhindern und um arbeitsplatznahen Wohnraum für die Staatsbediensteten der wissenschaftlichen Einrichtungen und für das benötigte Dienstleistungspersonal zu schaffen.

Auch wenn die einzelnen Standortentscheidungen umstritten waren, wurden doch mit Beteiligung von Friedrich Althoff (1908) unter der Überschrift „Deutsches Oxford“ mit großer Geschwindigkeit öffentliche Einrichtungen in Dahlem gegründet oder nach Dahlem verlagert: Botanischer Garten und Museum, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, wissenschaftliche Institute und Anstalten des Reiches und des Preußischen Staates (z.B. für Materialprüfung), Teile der Charité und der Museen, landwirtschaftliche Versuchsflächen und die königliche Gartenlehranstalt. Schon 1910 standen die meisten Einrichtungen oder waren im Bau. Vorgehalten wurden Flächen für öffentliche Nutzung, auf denen später z.B. die FU entstand bzw. die heute als Domänenrestgelände bestehen.

Die umstrittenste Ansiedlung wird wohl das Oskar-Helene-Heim gewesen sein. Der Orthopäde und Kinderheilkundler Biesalski hatte 1906 mit Unterstützung der Großindustriellen Oskar und Helene

#### WIR GEDENKEN UNSERER VERSTORBENEN

**Abt. 2:** Hildegard Elgaß, 96 Jahre, Mitglied seit 1954

**Abt. 5:** Sylvia Jaeschke, 69 Jahre, Mitglied seit 1979

**Abt. 6:** Wolfgang Gronau, 62 Jahre Mitglied seit 1964; Horst Remann, 91 Jahre, Mitglied seit 1964

**Abt. 8:** Gerhard Colberg, 96 Jahre, Mitglied seit 1931; Kurt-Christoph Landsberg, 63 Jahre, Mitglied seit 1965

**Abt. 9:** Heinrich Buschmann, 79 Jahre, Mitglied seit 1969; Lothar Gleitze, 70 Jahre, Mitglied seit 1957.

Pintsch eine Krüppelheilanstalt gegründet, die verkrüppelte Kinder durch Operation und Therapie „entkrüppelte“. Für diese Einrichtung sollte nun ein Standort mit Naturnähe und trotzdem guter Infrastruktur gesucht werden und man favorisierte Dahlem. Ein Antrag wurde von der Aufteilungskommission zunächst abgelehnt, unter anderem folgendermaßen: „Wer aber solche Erholung sucht (als Bewohner der entstehenden Villenkolonie vor dem anstrengenden Geschäft des Vermögenden und den rauchenden Schloten der Fabriken, die das Vermögen verdienen. d. Verf.), der wird es nach Möglichkeit zu vermeiden suchen, in der Umgebung seines Wohnsitzes Kranken und Gebrechlichen zu begegnen, deren Anblick ihn stündlich an das menschliche Elend zu erinnern geeignet ist.“ Man befürchtete geringere Grundstückserlöse, auch weil der Besuch durch die Eltern der Kinder unerwünschte

„Unterschichtler“ mit der neuen U-Bahn nach Dahlem gebracht hätte. Die Ministerialbeamten Friedrich Althoff und Eduard Dietrich setzten jedoch schließlich die Errichtung des Oskar-Helene-Heimes gegen die „Verwerter“ durch. Trotzdem entwickelten sich die Bodenpreise gut und hatten sich 1915 im Durchschnitt verdoppelt.

#### INA CYBORRA

#### BUKAREST-FAHRT DER DAHLEMER SPD

Vom 18.–24. Oktober 2008 war die Dahlemer SPD in Rumänien. Eigentlich konnte sich keiner etwas unter der rumänischen Hauptstadt vorstellen. Keiner kannte einen realen Rumänen. Einfach Gespräche zu bekommen, war es natürlich in der Botschaft und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Direkte Parteikontakte haben wir nicht geschafft, es sei gerade Wahlkampf. Dank Siegfried Schultz

**WIR GRATULIEREN ALLEN GEBURTSTAGKINDERN, INSBESONDERE IN DER**

- Abt. 1:** 3.12. Ernst Golgowski, 93 Jahre, Mitgl. seit 1953; 20.12. Egon Schwanke, 94 J., Mitgl. seit 1949; 5.1. Gerhard Voß, 81 J., Mitgl. seit 2001
- Abt. 2:** 9.12. Gerda Rychlik, 82 J., Mitgl. seit 1958; 24.1. Kurt Stendel, 70 J., Mitgl. seit 1969
- Abt. 3:** 1.1. Rudolf Rass, 75 J., Mitgl. seit 1962; 11.1. Adolf Zangenberg, 70 J., Mitgl. seit 1972; 20.1. Ekkehard Vaubel, 75 J., Mitgl. seit 1970
- Abt. 4:** 24.1. Eike Böhme 70 J., Mitgl. seit 1968
- Abt. 5:** 6.12. Ursula Rudolph, 83 J., Mitgl. seit 1964; 22.1. Klaus Hüfner 70 J., Mitgl. seit 1963; 30.1. Heinz Beer, 86 J., Mitgl. seit 1966
- Abt. 6:** 21.1. Hermann Hildebrandt, 81 J., Mitgl. seit 1967
- Abt. 7:** 9.12. Eckhard Jaedtke 70 J., Mitgl. seit 1964; 11.1. Gerd Ballentin, 80 J., Mitgl. seit 1957
- Abt. 8:** 12.12. Hans Mühe 70 J., Mitgl. seit 1959; 19.12. Heinrich August Winkler 70 J. Mitgl. seit 1962; 21.12. Wolfgang Ambrosius 80 J. Mitgl. seit 1957; 3.1. Gudrun Kumme, 83 Jahre, Mitgl. seit 1965; 22.1. Ingeborg Bieletzki 70 J., Mitgl. seit 1966; 28.1. Günter Lehmann 80 J. Mitgl. seit 1973; 31.1. Werner Patzelt 70 J., Mitgl. seit 1965
- Abt. 9:** 1.12. Magda Görler, 70 J. Mitgl. seit 1995; 21.12. Hildegard Sieg, 91 J., Mitgl. seit 1956; 25.12. Peter Detroy 70 J., Mitgl. seit 1969; 3.1. Herta Meyer 83 J., Mitgl. seit 1947; 13.1. Harold Hurwitz, 85 J., Mitgl. seit 1954; 30.1. Margarete Hurwitz, 87 J., Mitgl. seit 1947
- Abt. 10:** 19.1. Renate Kunze 70 J., Mitgl. seit 1969.

---

haben wir aber doch etliche andere Kontakte : zur Deutschen Zeitung, zu einem Wirtschaftsinstitut GEA, zur rumänischen Menschenrechtsbewegung, zur Gesellschaft für technische Zusammenarbeit GTZ. Der Kollege hat uns mustergültig betreut, informiert und beraten. Über das rumänische Bildungswesen hatten wir ein Informationsgespräch mit einer Professorin. Per Zufall ha-

ben wir in Bukarest uns aus erster Hand beim Verfasser des Korruptionsberichtes der EU ausführlich informieren können.

Mit unseren 27 Mitreisenden wohnten wir in einem Nobelschuppen am Stadtrand, die Hotelsituation in Bukarest ist echt schwierig. Die Altstadt ist verfallen und wird gerade restauriert, da entwickelt sich einiges in der nächsten Zeit. Die Stadt

möchte (sollte, wollte) gerne wie Paris sein. Großspurig sind die Mächtigen offensichtlich immer gewesen. Die alten Könige und auch der kommunistische Generalsekretär und Staatschef Nicolae Ceaușescu haben versucht, die Stadt an Paris zu orientieren. Die größte Straße, die Unirii ist 60 Meter länger als die Champs-Élysées; die Plattenbauten sind 12-Geschosser. Die Straße ist geprägt durch 47 Brunnen. Das Parlament ist das zweitgrößte Gebäude der Welt. Man meint in Bukarest, Ceaușescu wird alles an Versagen in die Schuhe geschoben. Wir hatten das Gefühl, die Securitate – der Geheimdienst – hat 1989 mit der Liquidierung des Staatschefs eine symbolische Säuberung vorgenommen. Bauruinen aus diesem Jahr sollen an ihn gemahnen.

Dabei sind die Eliten in den meisten Parteien immer noch dieselben. Auch darf laut Parlamentsbeschluss die Zusammenarbeit von Kirche und Securitate nicht mehr untersucht werden. Das Land ist sehr arm, das Durchschnittseinkommen liegt unter 250 €, in Bukarest doppelt soviel. Auch die Plattenbauten gehören den verarmten Bewohnern mit allen Konsequenzen. Wohnungen in Bukarest sind extrem teuer. Es gibt unglaublich viel Armut und Bettler. Wir sind nach dieser Fahrt der festen Überzeugung, dass es außer der strategischen Bedeutung wenig ernsthafte Begründungen für die EU-Mitgliedschaft gibt. Aber das ist nun mal so.

BURKHARD ZIMMERMANN

## Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Südwest e.V.

Unser nächster

**Bücherbasar,  
Trödel sowie  
Verkauf der Retro-Mode**

findet statt an den

**Sonntagen, 21. Dezember und 18. Januar, 10–16 Uhr  
in der Osdorfer Str. 121, 12207 Berlin.**

Die angebotenen (gebrauchten) Bücher sind Spenden, der Erlös wird für die soziale Arbeit der AWO Südwest e.V. verwendet. Buchspenden sind erwünscht und werden auch abgeholt.

Wir laden Sie ein, sich bei Kaffee und Kuchen ihrem Hobby – dem Buch – zu widmen und in unseren „Trödelstuben“ zu stöbern.



## **Anschriften**

### **Regionalbüro Steglitz-Zehlendorf**

Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Öffnungszeiten:

Mo + Do 10–14h und Fr 14–18h.

Telefon: 766 79 854, Fax: 766 79 856

E-Mail:

steglitz-zehlendorf@spd-berlin.de

Web: [www.spd-suedwest.de](http://www.spd-suedwest.de)

### **Bürgerbüro des Bundestags- abgeordneten Klaus Uwe Benneter**

Schildhornstr. 91, 12163 Berlin,

Telefon 818 20 878. E-Mail:

[klaus-uwe.benneter@wk.bundestag.de](mailto:klaus-uwe.benneter@wk.bundestag.de)

Web: [www.benneter.de](http://www.benneter.de)

Bundestagsbüro: Unter den Linden

50, 10117 Berlin, Telefon 227 77 174,

Fax 227 76 174

---

Der Südwestwind im Internet: <http://www.spd-suedwest.de/sww>

Die Online-Ausgabe enthält keine parteiinternen Daten und Termine.

---

## **Nächste Ausgabe**

**Redaktionsschluss** für Nummer 39

(Feb. – Mrz. 2009) ist am **6. 1. 2009**.

Genossinnen und Genossen, die einen

Beitrag veröffentlichen möchten, bitte

bis zum Redaktionsschluss in digita-

ler Form einreichen: per E-Mail an

[sww@suedwest.spd-berlin.de](mailto:sww@suedwest.spd-berlin.de). Text-

formate: txt (ohne Zeilenumbrüche)

oder doc (MS-Word).

## **Impressum**

**Herausgeber:** Sozialdemokratische

Partei Deutschlands, Kreis Steglitz-

Zehlendorf

**V. i. S. d. P.:** Lutz Ihlenburg c/o SPD

Steglitz-Zehlendorf, Thaliaweg 15,

12249 Berlin

**Redaktionsteam:** Dr. Lutz Ihlenburg,

Klaus Spychalski.

**Druck:** Robert Podzuweit, 721 61 73

Sozialdemokratische Mitgliederzeitung des Kreises  
Steglitz-Zehlendorf, Thaliaweg 15, 12249 Berlin  
Postvertriebsstück - Entgelt bezahlt A53261